Jean-Claude Juncker

Präsident der Eurogruppe

Die WWU und die wirtschaftspolitischen Institutionen der EU – Intelligentes Design oder „Learning by Doing“?

Lieber Klaus, ich bin sehr froh, dass ich heute Morgen hier in Wien sprechen darf. Ich bin gerne nach Wien gekommen, weil ich das sowieso gerne tue und auch, weil ich dies als Beweis einer für Finanzminister und Zentralbanker erstaunlich lang anhaltenden Freundschaft werten möchte, dass ich hier von Dir eingeladen worden bin. Ich würde mich gerne mit dem mir gestellten Thema zu kurz, wie ich finde, befassen, weil wir ja in Zeitnot sind.

Mein Thema ist, ob europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik, überhaupt die ökonomische Entscheidungsfindung im Euroraum, auf intelligentes Design oder auf „Learning by Doing“ oder auf beides zurückzuführen ist. Nun bin ich überhaupt nicht der Meinung, dass die europäische Integration das Gesamtergebnis vielschichtiger göttlicher Eingebung wäre.

Ich kann nicht verkennen, dass der Mantel Gottes manchmal durch die europäische Geschichte zieht und man sich beeilen muss, um ihn zu erhaschen, aber im Regelfall ist das doch so, dass die europäische Integration, die ein Teilergebnis göttlicher Eingebung ist, das Ergebnis eines gut durchdachten Planes ist. Dieser Plan, das merkt man ihm auch an, wurde nicht von Gott, sondern von den Menschen gemacht. Und die, die diesen Plan, dieses Projekt auf den Weg gebracht haben, das waren nicht die Männer und Frauen unserer Generation, obwohl wir sehr oft so tun, als ob die Weltgeschichte erst mit uns angefangen hätte.

Sie hat angefangen mit der Talentbildung, mit der Energiemassierung, mit der Erfahrensdichte und ihrer Umsetzung in die Realität derer, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Konzentrationslagern, von den Frontabschnitten zurück in ihre zerstörten Städte und Dörfer kamen und die die Ärmel hochgekrempelt haben. Die also nicht in der Larmoyanz gebadet haben, in der wir uns normalerweise baden, obwohl sie dazu jeden Grund gehabt hätten. Das, was nach jedem Krieg gesagt wird, dieser epochale, immer wiederkehrende fast zur Banalität verkommene Nachkriegssatz „Nie wieder Krieg“ wurde von der Generation unserer Eltern nicht nur zu einem Gebet gemacht, sondern wurde zu einem politischen Programm für den Gesamtkontinent gemacht und wir sind nichts anderes als die eher unbegnadeten Erben einer großen Vorgängergeneration. Deshalb kommt das initiale Design denen zu, die unter seiner Abwesenheit schrecklich auch an Leib und Seele zu leiden hatten.

Nun gibt es diese geniale Idee der Gründungsväter, dass man über ökonomische Umwege die aber zielgerade verliefen, der europäischen Integration auf die Sprünge helfen könnte. Wir haben es erlebt, dass Europa aus seinen schrecklichen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts klüger geworden ist. Und wir haben es erlebt, nachdem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Union in der Form der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf den Weg gebracht wurde – immer wieder krisengeschüttelt – dass wir sehr viel „Learning by Doing“ gebraucht haben.

Unsere Vorgänger, wir manchmal auch, wenn wir über das Tun lernen, vergessen das initiale Design nicht, bleiben der Grundarchitektur treu, verlassen das vorgeplante Gebiet politischen Tuns und kollektiven Handelns

im Regelfall nicht. Diese ökonomische Logik, die Pate stand bei der Gründung der Europäischen Union, nämlich die Einführung in unser Vertragswerk der vier Freiheiten – Warengüter, Personen, Kapital und Dienstleistungen – ein erfolgreiches Konzept war, kann man auch daran erkennen, dass es uns gelungen ist, den europäischen Binnenmarkt, der noch nicht vollkommen ist, der größte Schwächen noch in sich trägt, vor allem eine, wie ich finde, massiv unterentwickelte soziale Dimension, zu krönen durch die Einführung des Euros. Dass wir es überhaupt geschafft haben in Europa, bis heute 15 nationale Währungen zu einer ein-

heitlichen europäischen Währung zu fusionieren, ist etwas, von dem ich nicht verstehe, wie es den Europäern partout nicht gelingen möge, darauf stolz zu sein. Obwohl ich hätte wissen müssen, dass die Europäer es überhaupt nicht mehr schaffen, überhaupt auf etwas stolz zu sein; wir sind nicht stolz darauf, dass wir den Krieg von unserem Kontinent vertrieben haben und dem Frieden eine andauernde Heimstatt gegeben haben. Wir sind nicht stolz darauf, dass wir den größten Binnenmarkt der Welt auf die Beine gestellt haben und logischerweise sind wir auch nicht stolz darauf, dass wir etwas geschafft haben, was sonst niemand geschafft hat, nämlich uns eine einheitliche Währung in die Hand zu geben.

Das, was wir über den Umweg des Binnenmarkts und der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erreichen wollten, nämlich den Wohlstand Europas zu steigern und für beste Lebensbedingungen auf unserem Kontinent zu sorgen, das haben wir im Großen und Ganzen, wenn auch nicht voll umfänglich geschafft. Wir kriegen es nicht hin, den Menschen in Europa, diejenigen, die den Euro gebrauchen, davon zu überzeugen, dass dies ein richtiger Schritt war. Wir haben es ja auch nicht geschafft, den Menschen in Europa zu erklären, dass die Erweiterung der Europäischen Union nach Ost- und Mitteleuropa auch ein richtiger Schritt war. Dass wir das geschafft haben auf diesem Kontinent, europäische Geschichte und europäische Geografie wieder zusammenzuführen, ohne auf militärische Mittel zurückzugreifen, sondern durch die Kraft der Tat dieses zu bewirken, findet ja auch einen abbröckelnden Zustimmungslevel, wenn ich mir das richtig ansehe, auch hier in Österreich, was in hohem Maße erstaunlich ist, weil die österreichische Volkswirtschaft ja ohne jeden Zweifel zu den größten Nutznießern der Erweiterung der Europäischen Union nach Ost- und Mitteleuropa gehört.

Wir vergessen schnell, was die europäische Wirtschafts- und Währungsunion uns eigentlich bis heute schon alles gebracht hat. Es gibt nicht mehr sehr viele, auch nicht hier im Raum, die auf Anhieb beziffern können, welchen Umfang denn die Transaktionskosten, in Bruttosozialprozentpunkten ausgedrückt, eigentlich ausmachten, bevor es den Euro gab. Es

war sehr erheblich und es würde unser Wachstum heute behindern, wenn es sie noch gäbe. Kaum jemand weiß sich noch daran zu erinnern. Erstaunlich ist das schon, weil so lange ist das ja noch nicht her, was denn eigentlich im europäischen Währungssystem alles passierte, wenn etwas passierte. Ich bin der dienstälteste Finanzminister der Europäischen Union und auch gleichzeitig der dienstälteste Regierungschef. Aber in der Zeit, als ich Finanzminister war und bevor es den Euro gab, bin ich, denke ich, etwa 20-mal nach Brüssel gereist, um die Alignments vorzunehmen.

Jean-Claude Trichet war auch als strikter Wächter französischer Tugenden an diesen Übungen beteiligt. Andere hier im Saale auch. Immer, wenn in der Welt etwas passiert, passiert auch etwas bei uns und das war nie gut. Es wurde, weil Regierungen ihr Handwerk nicht verstanden und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Länder nach unten korrigierten, immer wieder Rückgriff genommen auf kompetitive Abwertungen, die auf Kosten der Nachbarn stattfanden. Es passierte nach der einen Abwertung die nächste Abwertung und die zwei Abwertungen hatten zur Folge, dass andere Währungen aufwerteten, was wiederum zur Folge hatte, dass die Produkte, die in diesem Land hergestellt werden, sich viel schwerer auf ausländischen Märkten, wenn nicht sogar auf dem eigenen Binnenmarkt absetzen ließen.

Insofern ist diese Währungssicherheit, diese Vorausschaubarkeit, ein unschätzbares Gut für die wirtschaftlichen Akteure und im Übrigen auch für die sozialen Akteure, die unter diesem Durcheinander, diesem Auf und Ab, sehr oft unsäglich litten.

Man redet viel über Haushaltsdefizite. Sie sind unwahrscheinlich geringer, als sie es Ende der 1980er- Anfang der 1990er-Jahre waren. Wir sind im Jahre 2007 auf einem Defizitstand, auf einem durchschnittlichen Defizitstand im Euroraum von 0,6 % Bruttosozialprozentpunkten gekommen. Wesentlich weniger, als dies vor 10, 15 Jahren noch der Fall war, im Übrigen auch weniger, als dies im Jahre 2002, 2003, 2004, 2005 und 2006 der Fall war. Die Schuldenstände haben sich nach unten bewegt, obwohl sie, wie ich finde, immer noch überhöht sind und sogar eine leichte Tendenz nach oben erkennen lassen. Dass wir jetzt 7 der 15 Länder des Euroaums haben, die 2007 mit einem Haushaltsüberschuss abschließen konnten, und dass noch keines der 15 Mitgliedstaaten sich in einem Defizitverfahren befunden hat, ist ein eindeutiger Beweis dafür, dass die Stabilitätskultur, die beim Abfassen des Maastrichter Vertrags versprochen wurde, ihre Wirkung nicht verfehlt hat, obwohl ich mir für das Haushaltsjahr 2008 wesentlich engere Verhältnisse vorstellen kann und ich auch etwas besorgt bin über den nachlassenden Spareifer, der in vielen Mitgliedstaaten des Euroraums zur Zeit zu beobachten ist.

Auch die Zinssätze, über die zur Zeit viel geklagt wird, waren lange auf einem historisch niedrigen Niveau und sind auch heute, wenn ich mir das von der Realseite ansehe, zu den niedrigsten Zinsständen zu zählen, die wir in Europa seit Kriegsende hatten.

Auch die Inflation hat sich merklich nach unten bewegt, obwohl sie uns zur Zeit sehr viel – vor allem der Europäischen Zentralbank – Kopfzerbrechen macht. Die Inflation betrug in Luxemburg 14 % als ich anfing mich in Regierungsämtern zu tummeln. Die Inflation ist jetzt wesentlich niedriger. Als ich Finanzminister wurde, betrug das Haushaltsdefizit in Belgien 14 %, was für mich eine relevante Größe war, weil Luxemburg befand sich mit Belgien in einer Währungsunion und

Luxemburg war sechs Jahre lang nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags das einzige Land der Europäischen Union, das allen Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags gerecht wurde. Ich habe mir damals oft gesagt, dass dies als kritische Masse für die Einführung des Euros wahrscheinlich nicht reichen wird, wenn wir nicht bald Gesellschaft bekommen würden.

Wir haben den Stabilitätspakt 1996/97 auf den Maastrichter Vertrag gesattelt und damals gab es die heftige Debatte zwischen Deutschland und Frankreich, aber jeder hatte seine Anhänger, ob man jetzt in Richtung „Gouvernement économique" losmarschieren sollte oder ob man dem Element der Stabilität die absolute Priorität zuzuweisen hätte.

Diesen Stabilitätspakt haben wir im März 2005 novelliert, abgeändert und ihm eine ökonomische Lesbarkeit gegeben, die er im vollen Umfang vorher nicht hatte. Und wir haben Sorge dafür getragen, dass dieses Prinzip des gesunden Menschenverstands, dass man in guten Zeiten spart, damit man in weniger guten Zeiten Verfügungsmasse in genügender Dichte zur Verfügung hat, um auch konjunkturell gegenreagieren zu können, Eingang in die Endformulierung des revidierten Stabilitätspakts fand.

Bedauerlich bleibt, dass nicht alle Mitgliedstaaten des Euroraums sich dieses Prinzip zum natürlichen Reflex gemacht haben und einige es wiederum geschafft haben, dieselben Fehler zu wiederholen, die auch Ende der 1990er-Jahre und am Anfang dieses Jahrtausends gemacht wurden, als in Zeiten voller Kassen die Spendierhosen angezogen wurden. Derjenige, der die Spendierhose jetzt in guten Zeiten angezogen hatte, steht jetzt relativ nackt da, wo die Ebbe in den Staatskassen wieder zu einer wahrscheinlich bald spürbaren Realität in fast allen Mitgliedstaaten des Euroraums wird.

Wir haben Strukturreformen zuhauf durchgeführt. Ich bin der Erste, der weitere strukturpolitische Anstrengungen anmahnt, aber so zu tun, als ob wir in Europa und im Euroraum es völlig unterlassen hätten, Strukturreformen auf den Weg zu bringen und sie auch erfolgreich abzuschließen, verkennt die wirkliche Lage sogar. Denn der nationale Währungsfonds wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Europa eine sehr erhebliche Strukturreform-Performance in den letzten vier, fünf Jahren vorgelegt hat. Der IWF war lange Zeit der Meinung, dass sogar die Produktivitätssteigerungen, die man in Europa beobachten konnte, auf diese strukturpolitischen Anstrengungen zurückzuführen wären. Wir waren dieser positiven Imprimatur, des Internationalen Währungsfonds immer kritisch gegenüber eingestellt, weil wir immer dachten, dass die strukturpolitischen Anstrengungen eigentlich immer noch ungenügend seien.

Die Europäische Zentralbank, über die ich mich ja immer nur mit ausgesuchter Höflichkeit und Vorsicht äußere, hat sich zu dem entwickelt, was die Urvorstellung und Grundvorstellung der Vertragsväter war, zu denen ich gehöre, weil ich den Maastrichter

Vertrag mit ausgehandelt habe und unterschrieben habe.

Im Übrigen weise ich immer wieder darauf hin, dass ich der einzige, sich noch im Amt befindliche Finanzminister bin, der diesen Vertrag unterschrieben hat, sodass Maastricht mit dem Euro und Juncker eigentlich nur zwei Überlebende hat, die man heute noch bestaunen kann, wobei ich dem Euro ein längeres Leben wünsche als mir selbst. Und das wird er auch haben, weil er ist auf Dauer angelegt. Werden Sie nie nervös und kriegen Sie keine schwitzigen Hände, wenn man irgendwo und meistens nicht irgendwo, sondern dort, wo ich meine, sich mit dem Gedanken trägt, dass man wieder aus dem Euro aussteigen könnte. Wer Schwierigkeiten hat optimal und in Form im Euroraum zu sein, der wird erst richtig ins Schwitzen kommen, wenn er aus dem Euroraum aussteigen möchte. Insofern wird niemand sich diese übermenschliche Anstrengung zumuten wollen.

Auch die Europäische Zentralbank ist die Antiinflationsmaschine geworden, die wir haben wollten. Vordergründiges, absolut prioritäres Ziel europäischer Währungspolitik und deshalb fast Exklusivmandat der Europäischen Zentralbank ist die Wahrung der Preisstabilität. Und dass sie dies in einem unabhängigen Umfeld tun muss, geht insofern in Ordnung, als man sehr gut und sehr präzise feststellen konnte, zu welchen Irren und Wirrungen nationaler Währungspolitik unter der Dominanz der Politik es in den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren gekommen ist. Insofern ist dies ein Angebot der Vernunft, und es macht strikt keinen Sinn, dass man immer wieder versucht, das Mandat der Europäischen Zentralbank in Frage zu stellen oder unter Prüfungsvorbehalt zu stellen.

Ich stelle mit einiger Beruhigung fest, dass weder bei der Vorbereitung des Verfassungsvertrags, noch bei der Vorbereitung des Lissabonner Reformvertrags, der Versuch unternommen wurde, und wäre es auch nur ein bescheidener gewesen, das Mandat der Europäischen Zentralbank zu ändern oder in der Prioritätensetzung anders festzulegen.

Im Übrigen und das möchte ich auch gesagt haben: Es wird immer so getan, als ob es einen Widerspruch gäbe zwischen Inflationsbekämpfung und Sozialpolitik. Es wird immer so getan, als gäbe es einen Widerspruch zwischen Preisstabilität und Wachstum. Ich gehöre zu den altmodischen Menschen, die der strikten Auffassung sind, dass Inflationsbekämpfung, Preisstabilität und dauerhaftes Wirtschaftswachstum zusammengehen und nicht konträr verlaufen. Es handelt sich hier nicht um widersprüchliche Begriffe, es handelt sich hier um komplementäre Begriffe. Und unsozial ist es nicht, wenn man massiv gegen Preisanstiege und gegen ausufernde Inflation kämpft, weil die Inflation, um dies etwas salopp zu formulieren, der Feind des kleinen Mannes ist. Wenn Lebensmittelpreise steigen, und dies tun sie zurzeit unabhängig von europäischem Willen und auch teilweise auch unabhängig von europäischem Verschulden, sind es die einkommensschwachen Bevölkerungsteile, die am meisten darunter leiden. Deshalb ist Inflationsbekämpfung eine soziale Tat an sich und nicht das Gegenteil dessen, was man gemeinhin unter Sozialpolitik versteht.

Dass die Inflationsziele nicht als reine theoretische Extravaganzen aus Frankfurt eingeschätzt werden, dass die EZB es geschafft hat, dass die mittel- und langfristige Verankerung der Inflationserwartungen genau in dem Kanal bleibt, in dem die Europäische

Zentralbank diese einweisen wollte, spricht für die Richtigkeit dieser Politik und spricht auch dafür, dass man in Sachen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank einen Vertrauensvorschuss auch für die Zeit, die kommt, geben sollte, als dass man jetzt schon wieder im Vorfeld anstehender geldpolitischer Entscheidungen an der Entscheidungskraft dieser Europäischen Zentralbank herummeckern sollte.

Der Euro ist die zweite Reservewährung der Welt geworden, in einer unwahrscheinlich kurzen Zeit – einen regelrechten Sprint hat der Euro hingelegt – um zweite Reservewährung der Welt zu werden, wobei dies ja kein Ziel weder der Geldpolitik noch der Politik sein kann, unbedingt zum Dollar aufzuschließen. Es ist überhaupt nicht wünschenswert, wenn es zu sehr massiven Bestandsteilverschiebungen bei den Reservenbeständen der Zentralbanken weltweit käme. Dies wäre nicht in unserem Interesse.

Real hat der Euro in den letzten 12 Monaten 6 % aufgewertet, komparativ zum Dollar 18 % auf die letzten 12 Monate. Dies spricht für gute ökonomische Fundamentaldaten im Euroraum. Dies spricht für ein insgesamt gutes sich mit einander Vertragen von Geldpolitik und Wirtschaftspolitik. Und so sehr ich auch die Gefahren auf der Exportseite sehe, so sehr bitte ich doch auch darum, dass man auch die ins Auge springenden Vorteile, die sich stark entwickelnden Wechselkursbeziehungen sieht. Weil wenn ich mir nur die Preisentwicklung bei Erdöl, Benzin und was auch immer anschaue, dann stelle ich fest, dass von Oktober 2000 mit einem Wechselkurswert damals von 0,82, bis heute der Dollarpreis pro Barrel sich von 30 auf 120 Dollar erhöht hat, quasi also eine Vervierfachung des Ölpreises, in Dollar ausgedrückt. Wenn ich dies in Euro ausdrücke, dann ist das eine Verdoppelung des Ölpreises, was immerhin erheblich ist, was aber nur die Hälfte von viermal ist. Wenn wir also dort wären, wo einige uns zurück wünschen, dann wäre Benzin an der Pumpe wesentlich teurer.

Ich verstehe es auch dort nicht, wieso es weder Politik noch Geldpolitik richtig gelingen kann, den Menschen zu erklären, welchen enormen Vorteil die Euroeinführung eigentlich auf die Preisgestaltung in essentiellen Lebensbereichen zur Folge gehabt hat. Dies könnte ja ein regelrechtes Marketingargument für den Euro sein, der auch hier in Österreich normalerweise als „Teuro“ in aller Munde ist, aber in der Beziehung, und dies ist keine unwesentliche Beziehung, deutlich preisdämpfenden Effekt gehabt hat. Über die Wechselkursproblematik, von der ich weiß, dass man sich zu ihr öffentlich nicht äußern soll, werde ich informell auch nur sagen, dass es mir sehr darauf ankommt, dass wir das in Erinnerung behalten, was wir am 11. April in der G7-Gruppe mit Jean-Claude Trichet und mir an Bord verabredet haben, nämlich dass wir unsere gemeinsame Besorgnis über die exzessive Volatilität der Wechselkurse zum Ausdruck gebracht haben und uns Sorgen machen über den realen Impakt, den diese exzessive Volatilität und das unordentliche Gerangel auf der Wechselkursfront auf die reale Wirtschaft haben könnte.

Wir haben also ohne jeden Zweifel viele Erfolge einfahren können in den vergangenen Jahren und trotzdem bin ich als Eurogruppevorsitzender nicht jemand, der vor Zufriedenheit überlaufen würde, weil es auch anhaltende Schwächen in der europäischen Wirtschaftspolitik gibt. Dazu gehört ohne jeden Zweifel der schleppende Verlauf der Strukturreformkurve, die wir in Europa insgesamt und im Euroraum im

Besonderen zu beklagen haben. Nicht dass keine Strukturreformen gemacht worden wären, aber der strukturpolitische Anspruch bleibt weit unter den Ambitionen zurück, die er eigentlich haben müsste.

Wir wissen im Übrigen sehr genau, was wir machen müssten, wir wissen nur nicht, wie wir, wenn wir das, was wir machen müssen, gemacht haben, die nächsten Wahlen wieder gewinnen können. Daran hapert es, dass viele, ja, rückwärts gewandte Strukturkonservative zu diesem reformerischen Tempo eigentlich nicht bereit sind. Wir werden daran arbeiten müssen.

Es ist uns nicht gelungen, die Inflationsdifferenziale, die es im Euroraum gibt, wesentlich zu verkleinern. Ich halte dies derzeit nicht für ein überragendes Problem, halte dies aber auf längere Sicht für ein ernst zu nehmendes Problem, weil Inflationsdifferenziale sehr wohl dazu führen, dass einige Länder an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Das haben einige Länder des Euroraums seit ihrem Eintritt in den Euroraum auch an sich selbst beobachten können. Und diese abnehmende Wettbewerbsfähigkeit in einem Währungssystem, in dem es keine wettbewerbsbedingten Abwertungen mehr gibt, führt im Regelfall zu sehr schmerzhaften Anpassungsprozessen, sei es auch nur, und was heißt hier nur, in der Form von höherer Arbeitslosigkeit. Insofern muss man sich mit dem Thema Inflationsbekämpfung sehr intensiv auseinandersetzen. Und das Thema Inflationsbekämpfung kann nicht nur ein Thema für die Geldpolitik, für die Europäische Zentralbank sein. Die 15 Mitgliedsregierungen des Euroraums sind im selben Maße der Preisstabilität verpflichtet, wenn es um die Inflationsbekämpfung geht. Es gibt hier kein unterschiedliches Mandat, es gibt ein flächendeckendes, identisches Mandat zwischen Europäischer Zentralbank und den Mitgliedsregierungen im Euroraum.

Wir haben ungenügende Produktivitätsfortschritte im Euroraum zu beklagen. Ich sage nicht, dass es nicht Produktivitätsfortschritte gegeben hat, aber diese bleiben ungenügend, was ja auch regelmäßig dazu führt, dass wir darauf hinweisen müssen, sowohl Geldpolitik als auch Wirtschaftspolitik, dass Lohnabschlüsse Schritt halten müssen mit den Produktivitätsfortschritten, diesen also nicht vorauseilen dürfen, weil sie sich sonst in zusätzlicher Inflation wieder finden. Dies ist kein Plädoyer für Null-Lohn-Runden, dies ist kein Plädoyer für Null-Tarifabschlüsse.

Dies ist ein Plädoyer für sozial ökonomisch vernünftige Tarifabschlüsse. Und wenn wir diese Politik noch eine Zeit lang weiterführen, dann werden wir ohne jeden Zweifel auch in den Genuss derselben treten können.

Nun ist die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, für die ich ja an erster Stelle zuständig bin, ein schwieriges Feld. Ich sage nicht, dass europäische Wirtschaftspolitik schwieriger wäre als europäische Währungspolitik. Die ist schwierig genug, und Gott weiß, wie

viel Fragestellungen auf die dafür Verantwortlichen jeden Tag einstürzen. Aber Herr Trichet hat im Gegensatz zu mir einen glasklaren, einen kristallklaren, wie er sagen würde, Vertrag zur Hand. Er weiß, was er zu tun hat. Und ich bin eigentlich dafür zuständig, dass der Rest folgt. Oder aber der Rest den Entscheidungen der EZB so voraus geht, dass die EZB im gesicherten Umfeld Entscheidungen treffen kann.

Es war ja eine große Debatte – Jean-Claude Trichet war als französischer Schatzdirektor daran intensiv beteiligt, im Vorfeld des Maastrichter Vertrags – wie viel einheitliche Regierungsgewalt wir dem wirtschaftspolitischen Arm der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion als Muskelkraft zur Verfügung stellen sollten. Wir waren uns relativ schnell einig, dass es nur eine singuläre einheitliche, gut strukturierte Geld- und Währungspolitik geben kann. Aber wir waren sehr gespalten in der Frage, wie viele wirtschaftspolitische konjunkturnormative Kraft den Regierungen eigentlich an die Hand gegeben werden sollte, weil es auch sehr auseinanderstrebende, divergierende wirtschaftspolitische Grundauffassungen in der Europäischen Union damals gab.

Deutsche Politik und französische Wirtschaftspolitik verliefen nicht einheitlich. Sie waren in den 1980er-Jahren sogar sehr auseinander gedriftet und deshalb war es notwendig, dass man die Wirtschaftspolitik in nationaler Zuständigkeit behielt, mit dem Hinweis allerdings, dass sich diese EU-verträglich zu gestalten hätte und daraus erwuchs das Konzept der Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik.

Die ist schwierig, weil diese romantische Vorstellung, in der Eurogruppe säßen Überzeugungstäter, die alle in dieselbe Richtung wollten, der kann ich nicht weiter anhängen. Ich habe diese Hoffnung übrigens auch nie gehabt. In der Eurogruppe sitzen 15 Finanzminister und der Präsident der Zentralbank ist immer dabei. Diese 15 Finanzminister vertreten 15 Regierungen. Aber diese 15 Regierungen sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Es gibt in diesen 15 Regierungen 35 politische Parteien. Jetzt, nachdem unsere italienischen Freunde sich etwas kontinentalisiert haben, gibt es 11 Parteien weniger, weil bis vor zwei Monaten waren wir bei 46. Jetzt sind wir 35. Die Vorstellung, dass in diesen 35 politischen Parteien alle Uhren so ticken würden, dass man sie miteinander verwechseln könnte, das ist eine irrige Auffassung. Es gibt sehr erhebliche politische Einschätzungsdivergenzen zwischen diesen 15 Regierungen und diesen vielen Teilhabern an der nationalen politischen Entscheidungsfindung. Und deshalb bleibt dies eine schwierige Sache.

Es ist uns immerhin gelungen, jetzt für eine etwas ausgeprägtere verbale Disziplin in der Eurogruppe zu sorgen, dergestalt, dass die 15 Finanzminister aufgehört haben – ich auch –, die letzten Erkenntnisse vom Vorabend sofort in die Radiointerviews am jeweiligen Morgen zu bringen. Wir reden jetzt einheitlicher, als wir dies zu Anfang der Wirtschafts- und Währungsunion und einheitlicher, als wir das noch vor zwei, drei Jahren gemacht haben. Alle an den Entscheidungsprozessen beteiligten Partner, sofern sie dies nicht ohnehin tun, sollten sich ein Beispiel an dieser wieder gefundenen verbalen Disziplin der Eurogruppe nehmen. Das ist vor allem wichtig in einem Moment, wo über Wechselkurse viel, und wenn zu viele reden, zu viel geredet wird. Für Wechselkurse ist nicht nur die Europäische Zentralbank zuständig. Hier gibt es ein Miteinander von Geld-

politik und von nationalen Regierungen und wenn jeder in seine Richtung drauf los plappert, dann wird die europäische Politik total unleserlich und darunter haben wir in der Vergangenheit mehrfach gelitten. Dies wurde in Ordnung gebracht und drückt sich instrumental darin aus, dass sich die Finanzminister des Euroraums immer öfter darauf verständigen, sogenannte *Terms of Reference* anzunehmen, um sich ein *Wording* an die Hand zu geben, das es den 15 Regierungen erlaubt, zu zentralen Fragen internationaler Währungs- und Wirtschaftspolitik die gleichen Auskünfte zu geben.

Dies findet sich wieder in einigen Teilentfaltungen, die sehr oft unbeobachtet von der größeren Öffentlichkeit trotzdem zustande kommen. Wir haben uns, ich nehme ein paar Beispiele, in Manchester im Jahre 2005 darauf verständigt, als die Ölpreise anfingen, sich nach oben zu bewegen, dass wir nicht mit steuerlichen Mitteln gegensteuern sollten, um zu verhindern, dass in derselben Währungszone die eine Regierung Konsumsteuern senkt, die andere Regierung Konsumsteuern stabilisiert und wiederum eine andere Regierung in Sachen Mehrwertbesteuerung der Erdölprodukte eigene Wege gehen sollte. Nein, wir haben hier ein *„stand still"* nationaler Steuerpolitik vereinbart und diese wurde auch im Normalfall von allen Regierungen so gehandhabt.

In Inflationsproblembereichen, über die wir uns sehr oft unterhalten, haben wir uns darauf verständigt, dass die Regierungen jetzt dringendst, nachdem sie diesen in den vergangenen Jahren ungenügend getan haben, einen Stillstand auf der Ebene der administrierten Preise herbeiführen sollten. Dies geschieht im ungenügenden Umfang zurzeit, aber es geschieht immer mehr. Es gibt Regierungen, die jetzt regelrechte Stopps bei den administrierten Preisen verfügt haben. Wir haben uns darauf verständigt, dass in Sachen Anpassung nach oben der indirekten Steuern eine Bremse eingelegt werden muss, es sei denn, es gäbe zwingende Gründe, eine Erhöhung indirekter Steuersätze ins Auge zu fassen.

Es gibt einige Staaten, in denen Mehrwertsteuererhöhungen für das Haushaltsjahr 2009 sehr fest geplant waren, wo aber, aufgrund dieser Entscheidungslage, jetzt wieder öffentliche und auch parlamentarische Debatten über den Verzicht auf diesen Steuererhöhungsschritt stattfinden, was absolut zu begrüßen ist.

Wir haben unter dem Eindruck der Schwierigkeiten der amerikanischen Wirtschaft uns in Europa, nachdem unsere amerikanischen Freunde ein Konjunkturprogramm aufgelegt haben – ein *fiscal stimulus programme* – darauf verständigt, dass wir dies in Europa nicht tun sollten, weil die wirtschaftliche Fundamentallage und die denkbaren Erweiterungen derselben sich in Europa sehr positiv abheben von dem, was wir zur Zeit in den Vereinigten Staaten von Amerika beobachten. Keine

Konjunkturprogramme in Europa, auch deshalb nicht, weil es inzwischen auch die Botschaft die Finanzminister erreicht hat, dass die großen Konjunkturprogramme der 1970er-Jahre im Regelfall Strohfeuer waren, die keine lang anhaltende Wirkung zur Folge hatten.

Wir haben uns darauf verständigt, dass die Mitgliedstaaten des Euroraums, die ihr mittelfristiges Finanzziel, dessen Erreichen wir im April 2007 fürs Jahr 2010 angesetzt haben, schon erreicht haben, über Haushaltsmargen im genügenden Umfang verfügen, um die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, falls es zu einem stärkeren Impakt amerikanischer Auswüchse auf die europäische Realökonomie käme. Insofern entsteht so etwas wie eine informelle Institutionalisierung der Eurogruppe, die laut dem Vertrag von Maastricht keine eigene Entscheidungsgewalt hat.

Jetzt wenn der Lissabonner Vertrag in Kraft sein wird, dann wird es so sein, dass wir für unsere eigenen Belange selbst entscheiden können, ohne die Zustimmung der anderen zu brauchen.

Wir sind schwach geblieben in Sachen Außenvertretung des Euroraums. Es bleibt strikt lächerlich und Nichteuropäern ist es auch nicht verständlich zu machen, wieso ein derartig großes Währungsgebiet wie der Euroraum sich nicht mit einer Stimme äußert, und sich auch nicht mit einem gemeinsamen Sitz in den Gremien der internationalen Finanzorganisationen vertreten lassen will.

Koordinierung der Wirtschaftspolitik muss entlang der Linie gemacht werden, die in der Ratsentscheidung vom 13. Dezember 1997 festgelegt wurde. Dort steht nachzulesen, dass wir uns über Strukturreformen als Regierungen zu unterhalten haben, über Preisbildung, über Lohnbildung, über Wettbewerbselemente und über ein faires Steuersystem und dies alles in das Wachstumspotenzial der europäischen Währungszone nach oben zu erweitern. Der Vertrag, der den Euroraum zu einer informellen Gruppe gemacht hat, hat sich letztendlich mit dem Willen seiner Väter darauf verständigt, eine weiche Führungskapazität der Eurogruppe zuzuerkennen, statt ein Diktat der Euro-Finanzminister über das Gesamtwirtschaftsgeschehen in der Europäischen Union.

Grundbedingung und Folgerung daraus ist, dass sich alle Mitgliedsregierungen, die im Euroraum vertreten sind, darauf verständigen, dass sie die einheitliche Währung kollektiv und solidarisch, d. h. gemeinsam und nicht auf Kosten der Nachbarn führen müssen. Dies ist vielleicht ein Design, das nicht intelligent genug ist, um dauerhaft wirken zu können, weil das wie „We want the government“ klingt. Aber weil die Dinge so sind, wie sie sind und weil wir Europäer auch so sind, wie wir sind, müssen wir die Koordinierung der Wirtschaftspolitik so zielorientiert führen, dass nachher der Eindruck entsteht, als hätten wir doch eine Regierung.

Vielen Dank.